Südschleswigscher Wählerverband

Pressemitteilung
Kiel, 29.09.2025

Drogenproblematik im Sozialbericht: endlich schlüssiges Gesamtkonzept vorlegen

Zum aktuellen Sozialbericht der Landeshauptstadt Kiel und zur Diskussion der Drogen- und Crackproblematik in Gaarden in den Kieler Nachrichten erklärt Ratsherr Marcel Schmidt, Vorsitzender der SSW-Ratsfraktion Kiel:

„Der neue Sozialbericht zeigt schonungslos, wie tiefgreifend sich das Drogenproblem in Kiel – vor allem in Gaarden – entwickelt hat. Die Crackwelle ist kein plötzliches Phänomen, sondern eine dramatische Zuspitzung eines Problems, das seit Jahren bekannt ist. Trotzdem reagieren die Stadt und die grün-rote Mehrheitskooperation bislang zu langsam und nur halbherzig. Wir haben in den Haushaltsberatungen für das Jahr 2024 zusätzliche Mittel für den Kommunalen Ordnungsdienst (KOD) und für Sozialarbeit auf der Straße erkämpft, gerade mit Blick auf Gaarden. Umso enttäuschender ist es, dass diese Mittel im Verlauf ohne Abstimmung mit uns wieder gekürzt wurden. Bis heute hat der KOD in Gaarden weder eine eigene Wache noch einen Stützpunkt in städtischen Räumen. Das ist ein gravierender Missstand.

Auch der Umgang mit den Betroffenen lässt zu wünschen übrig: Die Verlagerung der Szene in Richtung Werftstraße und Preetzer Straße wurde eher im Stil einer Verdrängung vorgenommen, ohne die Situation und Bedürfnisse der Menschen zu analysieren. Aktionen wie die Demontage des Bushaltestellenhäuschens im Karlstal, um der Szene Sonnen- und Regenschutz zu nehmen, sind keine Maßnahmen vorausschauender Sozialpolitik. Stattdessen brauchen wir endlich neue Konzepte und eine echte Verzahnung von Polizei, Verwaltung, Land, Gesundheitsämtern und Sozialarbeit. Die Drogen- und Crackproblematik besteht seit Jahren und noch immer liegt kein schlüssiges, strategisches Konzept auf dem Tisch. Wir stimmen Stadtrat Stöcken zu, dass die bestehenden Maßnahmen verlängert werden müssen, fordern aber eine substanzielle und sinnvolle Ergänzung,

damit Hilfe und Kontrolle tatsächlich ineinandergreifen.

Natürlich müssen wir sparen. Aber angesichts der Lage in Gaarden müssen Prioritäten gesetzt und teure Lieblingsprojekte des Oberbürgermeisters und der Kooperation hinterfragt werden. Wer Solidarität mit Gaarden ernst meint, kann nicht weiter zuschauen und gleichzeitig die Sozialarbeit schwächen. Jetzt ist es höchste Zeit für ein koordiniertes, wirksames Handeln – nicht für Flickschusterei.“